

Dresdner Volkszeitung

Vollschleife: Dresden
Schenk & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bonbon: Gebr. Umhau, Dresden
und Schlesische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Beispiel eines einzelnen Druckerlaß mit den wöchentlichen Verlagen "Ruh der Arbeit" und "Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weinberg 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
zelle nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Weinberg 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Monspalte 30 Pf., die 30 mm breite Reklamezeile 1,50 M. für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgeschäf-
ten 40 Pf. Rabatt für Dienstüberlegung 10 Pf.

Nr. 141

Dresden, Montag den 21. Juni 1926

37. Jahrg.

15 Millionen

Die Terrorwahlen

Der zweite Gang des großen Kriegs ist vorüber, die Stimmentzettel werden ausgezählt. Rund 15 Millionen Wähler stimmen für die entzündungslöse Enteignung der Fürsten. Wenn dieser Gesetzentwurf hätte siegen sollen, so müsste er, falls er zum verfassungändernden Gesetz erklärt worden wäre, etwa 19½ Millionen Ja-Stimmen (d. h. die Hälfte aller Wahlberechtigten) auf sich vereinigen. Andernfalls genügte die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern sich die Hälfte aller Abstimmungsberechtigten an der Wahl beteiligte. Die gegnerischen Parteien und ihre Presse forderten von ihrer Anhängerhaft, der Urne fernzubleiben. So konnte sich der Terror leichter entfalten, und außerdem ist der Appell an die Wahlausübung bei breiten Wählerschichten in Deutschland immer populär. Sechzehn Millionen gingen zur Wahl; damit ist der radikale Enteignungsentwurf gesunken, selbst wenn er nicht als verfassungändernd erklärt worden wäre. Der Appell an die Wahlträgheit hat gezogen. Die Befürworter der Enteignungsgegner nahmen im zweiten Gang nur dort wesentlich zu, wo die Einschätzungen zum Volksbegehrten unter Referat nicht erhöht hatten.

Der Reaktion ist ein Scheintriumph zugefallen, ein sehr billiger sogar, denn sie verdonkt ihn nicht eigener Kraft, sondern der heillosen Bersplitterung im republikanischen Lager. Die Demokraten nennen sich eine republikanische Partei und wagten nicht einmal die Parole für diesen Volksentscheid, der ein weltgeschichtlicher Abstimmungskampf war, wie ihn Deutschland in solchem Ausmaß noch nie erlebt. Diese DDP stellte die Entscheidung ihren Anhängern zwar frei, aber viele ihrer führenden Leute wüteten gegen den Volksentscheid und beteuerten die reaktionären Phrasen nach. Das Zentrum befand sich ebenfalls zu Schwarzgold, entschied sich gegen den Gang zur Urne und ließ seine Bischöfe reaktionäre Hirtenbriefe für die Fürsten schreiben. Die vielen bürgerlich-republikanischen Wähler, die trotzdem hingingen und ihrem Zettel in den Kassen senkten, werden es diesen Parteien bei der nächsten Wahl heimzahlen. Hätten die beiden bürgerlich-republikanischen Parteien so entschieden gegen die Habsburger der Fürsten gestanden wie das gesamte sozialistische Lager, der Sieg gehörte heute wahrscheinlich dem Volke.

Dieser Feigheit, Sagheit und Unentschlossenheit der Scheinrepublikaner von Marx bis Kühl dankt die Reaktion das Resultat des 20. Juni in erster Linie. Das übrige befürwortete Wahlrecht und Terror, Wahlausübung und politische Unreife der ewig Unklaren, Schwankenden und Indifferenzen. Millionen Flugblätter, in denen der Enteignungsschreden auf die Kleinbürger losgelassen wurde, überfluteten das Land. Aus den Kassen der Fürsten und Kapitalisten flossen Millionen für diese Agitation. Das bürgerliche Schredgespenst wurde aufgesäumt und dem Bürgerstum grausig vorgeritten. Auf dem Lande wurden unsere Redner vor besorgten Häuslern allen Ernstes gefragt, ob sie wohl geredet hätten und ob den kleinen Leuten ihr Häusel mit einer weiteren Enteignungsaktion wirklich nicht genommen werden! Altvater Hindenburg wurde auf den Platzsäulen mobilisiert. Sein verfassungswidriger Brief und sein besorgtes Gesicht machten viele der Unpolitischen, die ihn bewöhnt, scheu, unsicher, sentimental. Die Vandalen zogen alle Register. Man konnte Bauernblätter sehen, auf denen es in Jetzdruß geschrieben stand: "Wenn der Volksentscheid durchgeht, geht auch Hindenburg. Ein Lump, wer dazu die Hand bietet." Terrorbanden mochten (siehe die nachfolgenden Berichte) in agrarischen Teilen des Reiches den abhängigen Leuten die Wahl nahezu unmöglich. Bauern- und Mittelstandsvereinigungen erließen an ihre Mitglieder terroristische Kundschreiben, in denen Punkt und Rechtung allen angeordnet wurden, die etwa zur Wahl zu gehen wagten. In der bürgerlichen Presse las man, die Kommunisten hätten bereits einen neuen Enteignungsplan gegen die Mittelstände in der Schuleide. Unter den Neinzetteln sind sehr viele derer, die für die Enteignung waren, denn die Gegner des Volksbegehrten hatten da und dort das Gericht ausgetragen, das mit Nein stimmen müsse, wer gegen die 20 Milliarden sei. Es war für die Fürstendienst eine Lust zu lägen!

Beim Volksbegehrten im März hatten sich außerdem viele eingeschrieben, die nicht für die entzündungslöse Enteignung waren, sondern mit dem Millionendruck des Volksbegehrten auf die bürgerlichen Parteien wirken wollten, um so einen brauchbaren Kompromißentwurf zu erzielen. Sie

finden gestern der Urne ferngeblieben, weil sie diesen Entwurf vom Reichstag erhofften und weil ihnen auf diesem Wege eine billige Lösung von der Regierung versprochen wurde. Der Glaube an "ihre Regierung" lähmt die Hoffnung dieser naiven Deutschen nun einmal nicht zuhanden werden.

Würdigt man alle diese, einen flauen Kampf hemmenden Umstände in ihrer ganzen Wirkung und Tragweite, so darf

das entschiedene Republikanertum auf das Resultat stolz sein. Fünfzehn Millionen Bürgen haben sich trotz Terror, Lügen, bürgerlichen und Hindenburgscher Agitation, haben sich trotz der Gewalt im bürgerlich-republikanischen Lager gegen die Fürsten erhoben! Fünfzehn Millionen, die aus allen Schichten der Nation, aus der Anhängerchaft aller Parteien stammen! Selbst deutschnationale Leute gingen und stimmten mit Ja — trotz allen Drohungen!

Dies Resultat war nur möglich dank der anspruchsvollen, unermüdlichen Arbeit aller, die sich in den Dienst der Volkssoziale stellten, dank der tapferen Beharrlichkeit, die von Führern und Massen in Presse und Versammlungen, in Werkstätten, Betrieben und Kontoren bewiesen wurde. Wie gab es bessere Propagandamöglichkeiten für die Republik als in diesem Kampf, den uns der Monarchismus aufzwingt! Wie wurde das Volk so in allen Schichten von einer gewaltigen Ausweiterung erfasst! Fünfzehn Millionen gingen — trotz allen Hindernissen. Aber auch in die Reihen derer, die den Gang zur Urne nicht wagten oder wollten, hat die monarchische Gegenüberstellung ihren falschen Schein geworfen, sorgt das Bewußtsein von der Unwürdigkeit derselben, die nach dem November 1918 in Deutschland "auf der Menschheit steilen Höhen" thronen.

Die Sozialdemokratie hatte in diesem Krieg die Führung; sie nahm es auf, trotzdem die Aussicht eines Sieges angefahrt des feigen Verhaltens der beiden Weimarer Parteien von vornherein ungünstig erscheinen mussten. Wie gingen die Fäden des Sozialismus ehrenvoller aus einem Gewebe hervor als aus diesem!

Ein großes Gesetz ist zu Ende, aber die langjährige Schlacht zwischen Republik und Monarchismus, zwischen Freiheit und Reaction geht weiter! Jetzt erst recht! Jetzt sollen die bürgerlichen Parteien endlich den Wechselbalg von Abfindungsgeier, das sie versprechen, im Schweiße ihres Angeichts an den Tag bringen. Wir werden nicht müde werden, das Monstrum ins richtige Licht zu rücken. Fünfzehn Millionen votierten für entzündungslöse Enteignung! Fünfzehn Millionen wandten sich gegen die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien!

Fünfzehn Millionen warten auf die Abrechnung bei den nächsten Wahlen!

SPD. Berlin, 21. Juni. (Eig. Funkspruch.)
Das bisher festgestellte Ergebnis des Volksentscheides über das Enteignungsgebot ist folgendes:
Jastimmen 14 889 703
Neinstimmen 542 311
ungültig 511 495
Stimberechtigte 39 421 617
Beim Volksbegehrten zeichneten sich in die Listen ein: 12 523 839.

36 Prozent der Stimberechtigten

Auf einzelnen Bezirken, die sich auf verschiedene Wahlkreise verteilen, finden noch die Stimmengaben, so daß das Gesamtergebnis des Volksentscheids mit rund 15 Millionen Jastimmen angenommen werden kann. Diese Zahl bedeutet, wenn man die vorhandenen ungenannten Stimmberichte als Grundlage nimmt, einen Prozentsatz von 36 der Stimberechtigten eingeschriebenen Wähler für Ja. In das Volksbegehrten hatten sich 12 523 839 Stimberechtigte eingetragen. Die Zahl der Stimberechtigten übertrifft hierauf rund 39,5 Millionen. Die Zahl der bei der letzten Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 für die Sozialdemokraten und die Kommunisten abgegebene Stimmen belief sich auf 10 688 969. In Prozenten ausgedrückt werten sich 31,5 Proz. der Stimberechtigten beim Volksbegehrten gemeldet. Der Volksentscheid hat dieses Verhältnis auf 36 Prozent gesteigert.

Auf Grund des allgemein gelübten kurzen Terrors, insbesondere sowohl das Land in Brüge kommt, dürfen für ganze Bezirke Wahlvotreste erzielen. Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß auch heute noch, trotz starker Revision, in den Stimmzettel unendliche Mängel bestehen und fast 39,5 Millionen Wahlberechtigte wohl nur 38,5 Millionen vorhanden sind. Sicherlich stehen noch gegen eine Million totale oder verzögerte Wähler in den ungenau geführten Wählerlisten. Das ist bei Beurteilung des Ergebnisses nicht zu vergessen.

Der Erfolg der Republik

Der Sozialdemokratische Pressedienst soll folgendes Urteil:

Die Schlacht ist vorüber, schwer war der Kampf. Seit dem Volksbegehrten hatte die Wucht der bürgerlichen Parteien nochmals mit unerhörter Wucht und unbedenklichster Rücksichtslosigkeit eingesetzt. Alle Mittel der Einschüchterung und des Terrorismus wurden angewandt, alle abhängigen Existenz mit Gewaltmitteln von der Urne zurückgeworfen. Alle Demagogienfinsternis wurden in den Dienst der Fürstendiebe gestellt.

Das Ziel hatte Graf Weßlar gezeigt: "Es kommt nicht darum an, das Gesetz des Volksentscheides zu Fall zu bringen, sondern das Ziel muß sein, die 12½ Millionen Stimmen des Volksbegehrten wesentlich herabzumindern, um so den Parteien des revolutionären Vorstoßes eine deutlich erkennbare Niederlage beizubringen."

Nun, es ist eine deutlich erkennbare Niederlage geworden für den Grafen Weßlar und für die Monarchisten. Es ist ein großer Erfolg für die Republik.

Schon das Volksbegehrten war ein Sieg, denn die 10½ Millionen, die Sozialdemokraten und Kommunisten im Dezember 1924 bei der Reichstagswahl erhalten hatten, waren um zwei Millionen übertrifft. Angesichts des äußerst gewaltigen Monarchismus und der gewaltigen Anstrengungen der Monarchisten hatte sich wohl mancher die bange Frage vorgelegt, ob es gelingen würde, diese Zahlen überhaupt zu bestätigen. Wir aber haben die Zahlen gesteigert und die Riffer des Volksbegehrten um mindestens drei Millionen übertrifft. Das bedeutet einen gewissen und unvergänglichen Sieg der Republik.

Das erste Mal seit den Tagen der Niederkunftung des Kaiserreichs hat eine gewaltige Linksbewegung das deutsche Volk ergriffen. Das erste Mal war die Frage: Republik oder Monarchie dem Volke zur Entscheidung vorgelegt und trotz aller Anstrengungen der Monarchisten hat sich das Volk für Republik entschieden. Der Vorfahrt steht inzwischen die Berliner Regierung und erklärt, die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung in der Reichshauptstadt habe auch Herrn v. Hindenburg

die Republik entschieden. Schon bis in die letzte Zeit die Republik in die Defensive gedrängt, durften die Monarchisten den Sieg Hindenburgs als Sieg über die Republik feiern, ja hat sich jetzt das Verhältnis umgedreht.

Der Reichstag wird die Wohnung nicht überhören dürfen. Waren Reichstagswahlen gewesen, in denen der Terrorismus der Gegner nicht in dieser schamlosen Weise hätte zur Geltung gebracht werden können, dann hätten die Fürstensparteien eine vernichtende Niederlage erlitten. Damit wird der Reichstag reden müssen, wenn es gilt, das Gesetz über die Fürstenabfindung fest zu erledigen. Bleibt der Widerstand der Rechtsparteien, dann müssen wir von der Regierung fordern, daß dieser Reichstag, der vom Volke verurteilt ist, aufgelöst wird, daß ein neuer Reichstag den Volkswillen erfüllt.

Unsere Partei aber ist und bleibt der geistige Tat ein besonderer Ehrentag für alle Zeit. Glänzend haben unsere Parteigenossen die Wahlarbeit geleistet, glänzend hat vor allem die Reichshauptstadt sich gehalten. Auf den Brief Hindenburgs hat ein Mehr von einer viertel Million allein in Berlin die deutlichste Antwort gegeben. Gestärkt, mit neuem Kampfesmut erfüllt, steht unser Organisation nach dieser Schlacht da — fülliger und nichts so heil erzeichnend, als in einem neuen Kampf die neu gewonnene Stärke in politische Macht und politischen Einfluss parlamentarisch umzusetzen.

Urteil der Berliner Presse

D. Berlin, 21. Juni. (Eig. Funkspruch)

Die Berliner Presse ist aus Anlaß des Volksentscheides, mit Ausnahme des Vormärz, nicht anders als an anderen Montagen erschienen. Der Vormärz feiert inzwischen die Berliner Regierung und erklärt, die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung in der Reichshauptstadt habe auch Herrn v. Hindenburg